

Das Land soll die Aktien kaufen

Göppingen Eine knappe Ratsmehrheit findet das Angebot für die EnBW-Anteile des Elektrizitätsverbands attraktiv. *Von Eberhard Wein*

Geht es nach dem Willen des Göppinger Gemeinderats, dann soll der Neckarelektrizitätsverband (NEV) das Pflichtangebot des Landes nutzen und sich von seinen Anteilen am Energieriesen EnBW trennen. Bei einer Kampfabstimmung konnten sich SPD, Grüne, die Vereinigung Unabhängiger Bürger (VUB) und der Linksstadtrat Christian Stähle mit einer Stimme Mehrheit durchsetzen. Der Oberbürgermeister Guido Till (parteilos), der sich zusammen mit CDU und FDP dafür ausgesprochen hatte, das Aktienpaket zu halten, muss bei der Versammlung nun für einen Verkauf stimmen.

Göppingens Anteil an dem Zweckverband, dem 167 Städte und Gemeinden zwischen Heilbronn und Reutlingen angehören, liegt bei zwei bis drei Prozent. Der Beschluss sei deshalb „rein deklaratorisch“ und werde am Ende keine Auswirkungen haben, sagte der CDU-Stadtrat Klaus Fischer. „Wir wären mit Dummheit geschlagen, wenn wir jetzt nicht verkaufen“, erklärte hingegen der VUB-Stadtrat und frühere Chef der Energieversorgung Fils (EVF), Wolfgang Berge. Der SPD-Stadtrat Armin Roos wies darauf hin, dass das Angebot des Landes mit 41,50 Euro pro Aktie um 18 Prozent über dem letzten Börsenkurs liege. „Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass der Kurs weiter abschmiert“, sagte Roos. Schließlich erwäge nicht nur Göppingen, das Stromnetz in eigene Regie zu nehmen. Die Marktstellung der EnBW werde sich dadurch nicht verbessern.

Der Anteil des NEV an der EnBW liegt bei 0,69 Prozent. Dies entspricht einem Wert von 70 Millionen Euro. Gemäß ihrem Anteil am NEV geht es für die Stadt Göppingen damit um rund zwei Millionen Euro. „Wenn der Kurs nur um zehn Prozent sinkt, haben wir 200 000 Euro in den Sand gesetzt“, sagte Berge. Allerdings gilt diese Rechnung nur in der Theorie. Das Vermögen des NEV kann laut Satzung nur bei einer Auflösung des Verbandes an die Mitglieder ausgeschüttet werden.

Der OB bezeichnete den Verkauf der Aktien als den energiepolitisch falschen Weg. Die Privatisierung des Konzerns vor zehn Jahren sei ein Fehler gewesen. „Jetzt gibt es die Chance, dies zu heilen“, sagte Till, der sich damit im Einklang mit dem Verwaltungsrat des NEV befindet. Zusammen mit dem zweiten Hauptaktionär, dem Zweckverband Oberschwäbischer Elektrizitätswerke (OEW) und drei weiteren Verbänden verfügt die kommunale Seite über die Aktienmehrheit bei der EnBW. Es sei wichtig, sich diesen Einfluss zu erhalten, sagte der NEV-Geschäftsführer Klaus Kopp.

Nach der von Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) eingefädelten Übernahme des 45-Prozent-Anteils der französischen EdF hatte das Land pflichtgemäß auch den übrigen Anteilseignern ein Angebot unterbreitet. Der OEW-Verwaltungsratschef Kurt Widmaier (CDU) lehnte bereits ab. Allerdings ist er dafür in die Kritik geraten. Er soll die Entscheidung ohne Rücksprache mit den Gremien gefällt haben.

Kommentar

Nadelstich

EnBW Der Gemeinderat will Stefan Mappus ärgern. *Von Eberhard Wein*

Es ist zwei Jahre her, dass CDU und FDP ihre Mehrheit im Göppinger Gemeinderat eingebüßt haben. Die seither mögliche Mitte-links-Koalition blieb jedoch graue Theorie. Dass sie ausgerechnet jetzt ihre erste Abstimmung gewonnen hat, ist kein Zufall. Der Landtagswahlkampf schließt die Reihen. Das Votum für einen Verkauf der EnBW-Aktien des Neckarelektrizitätsverbands (NEV) an das Land soll den Ministerpräsidenten Stefan Mappus ärgern, der den EnBW-Deal mit dem bisherigen französischen Großaktionär EdF in Selbstherrlichkeit eingefädelt hat, ohne einen Plan zu haben, was er mit dem Stromkonzern eigentlich anfangen will.

Die Aktien der kommunalen Eigentümer kann er gewiss nicht brauchen. Sie würden den auf Pump finanzierten Handel nur verteuern. Mit dem Beschluss, das pflichtgemäß erfolgte Angebot des Landes anzunehmen, setzen die Stadträte nun einen Nadelstich und geben zu Protokoll, dass sich Mappus von der EdF über den Tisch ziehen ließ. Tatsächlich spricht viel dafür, dass der Verband einen guten Schnitt machen könnte. Doch der NEV ist kein Börsianer. Ob es strategisch sinnvoll ist, die Aktienmehrheit der kommunalen Verbände zu gefährden, hängt davon ab, welche Bedeutung man der EnBW in Zukunft beimisst.